

**Stephan Lessenich/Mario Neumann/
Thomas Seibert/Andrea Ypsilanti (Redaktion)**



Anders regieren?

**Von einem Umbruch, der ansteht,
aber nicht eintritt**

VSA

Herausgegeben vom



**Institut
Solidarische
Moderne**

Das im Januar 2010 gegründete *Institut Solidarische Moderne* mit Sitz in Berlin versteht sich als Programmwerkstatt für solidarische Politikkonzepte, die über die Grenzen unterschiedlicher politischer Zugänge und Mitgliedschaften in Parteien, NGOs, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen hinweg im Dialog entwickelt werden. Die dafür notwendigen methodischen Verfahren bilden zugleich eine Brücke zwischen Wissenschaft und Politik und verfolgen perspektivisch die Zusammenführung der unterschiedlichen Ansätze zu einem Projekt, das auf eine umfassende gesellschaftliche Alternative zum Neoliberalismus zielt.

www.solidarische-moderne.de

www.vsa-verlag.de

Die Fotos auf den Seiten 78-88 sind von David Schommer
(www.davidschommer.de; E-Mail: info@davidschommer.de)

© VSA: Verlag 2014, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Druck und Buchbindearbeiten: Beltz Bad Langensalza GmbH
ISBN 978-3-89965-604-6

Inhalt

EINLEITUNG

Anders Regieren?	10
<i>Stephan Lessenich/Mario Neumann/ Thomas Seibert/Andrea Ypsilanti</i>	

DENKANSTÖSSE:

DEUTSCHLAND UND EUROPA NACH DEN WAHLEN 2013 UND 2014

Warum es (auch diesmal) keinen Politikwechsel geben wird	16
<i>Deutschland nach der Wahl – aus Sicht einer solidarischen Moderne Stephan Lessenich/Anke Martiny/Thomas Seibert</i>	

Die ungelöste Eurokrise	21
<i>Zwischenfazit und Ausblick anlässlich der Europawahl Cansel Kiziltepe/Lisa Paus/Axel Troost</i>	

Der tote Punkt und der Kapitalismus »zweiter Potenz«	51
<i>Frank Engster</i>	

DOKUMENTATION

Die Summer Factory 2013 in Wort und Bild	76
<i>Martin Wimmer</i>	

Fotodokumentation der Summer Factory 2013 <i>David Schommer</i>	78
---	----

Parteilpolitische Perspektive auf die Bedingungen und Hindernisse einer Linksregierung	89
<i>Moritz Warnke im Gespräch mit Andrea Ypsilanti und Astrid Rothe-Beinlich</i>	

ARBEITSGRUPPEN

Soziale Bewegungen und linke Parteien

Doppelstrategie Zweipunktnull?	102
Zu den aktuellen Bedingungen eines neuen Kooperationsmodus von linken Parteien und sozialen Bewegungen	
<i>Jan Schlemermeyer</i>	
Rot-Grün-Rot anders	110
<i>Thomas Seibert</i>	
Möglichkeiten einer neuen Form der Kooperation von linken Parteien und Bewegungen	117
Erfahrungen an der Schnittstelle	
<i>Corinna Genschel</i>	
Linke Parteien und soziale Bewegungen – Erfahrungen aus Lateinamerika	125
<i>Thomas Fatheuer</i>	

Transformation des Politischen

»Radikale« Politik	130
Postpolitischer Kapitalismus, gesellschaftliche Archaisierung und der »Nom-de-L/Égalité«	
<i>Volker Koehnen</i>	
Zur Resozialisierung der Demokratie	150
Konturen einer emanzipatorischen Transformation der Politik	
<i>David Salomon</i>	
Für Mikropolitik	157
Zehn Thesen zur Transformation des Transformationsbegriffs	
<i>Daniel Loick</i>	

Linksregierung und Medien

Linke Medienpolitik	163
<i>Thomas Lohmeier</i>	

Informationen in den gesellschaftlichen Kontext einpassen	168
<i>Vera Bunse</i>	
Sozial-ökologische Politik, Linksreformismus und die Medien	174
<i>Tom Strohschneider</i>	
Über die Grenzen des Medienbaukastens	180
<i>Dieter Rucht</i>	
Was wir von dem Medien-Umbruch lernen könnten	186
<i>Wolfgang Storz</i>	

Gesellschaftswandel ist Kulturwandel

Worüber redet das ISM, wenn es über Kultur redet? – Zehn Thesen ..	193
<i>Martin Wimmer</i>	
Kultur: Geist der Zeit	195
Die gegenwärtige Schwäche der Linken ist ihr Mangel an Utopie	
<i>Fritz Glunk</i>	
Wer den Code kennt	199
Kultur- und Bildungspolitik zwischen Selbstbeobachtung, Schwarmintelligenz und Verteilungskampf	
<i>Ina Hartwig</i>	
Faszination und Macht neoliberaler Kultur	205
<i>Klaus-Dieter Stork</i>	
Kulturelle Dimensionen einer solidarischen Zukunft	208
<i>Dieter Kramer</i>	

LINKE IM WARTESTAND

Das Ende soll ein Anfang sein	220
<i>Andrea Ypsilanti</i>	
Sturm und Drang der Multitude	224
Der Zauberspruch der besetzten Plätze und die Borniertheit der Linken	
<i>Mario Neumann</i>	

Auf der Suche nach einer politischen Strategie der gesellschaftlichen Transformation für die heutige Zeit	241
<i>Frieder Otto Wolf</i>	
Jenseits der politischen Arithmetik	261
Über die Funktionen von Mitte-Links-Regierungen und Strategien gesellschaftlicher Veränderung	
<i>Raul Zelik</i>	
Agenda 2020	281
Der Politikwechsel, wenn es ihn gibt, kommt anders als gedacht	
<i>Thomas Seibert</i>	
Autor_innen	299

Sturm und Drang der Multitude

Der Zauberspruch der besetzten Plätze
und die Borniertheit der Linken

Mario Neumann

»Be quiet, the Greeks are sleeping«

(Transparent der spanischen Indignad@s, 15. Mai 2011)

»Wir sind aufgewacht. Wie viel Uhr ist es? Zeit, dass sie alle abhauen.«

(Transparent auf dem Syntagma-Platz in Athen, 25. Mai 2011)

Es liegt vielleicht eine kleine Übertreibung darin, vom Mai 2011 als dem »europäischen Frühling« zu sprechen – zu kompromisslos und unbeeindruckt haben die nationalen Regierungen in Spanien, Griechenland und anderswo die Austeritätsprogramme der Troika gegen die massiven Protestbewegungen durchgesetzt und fortgeführt. Trotzdem: Was wir nicht erst seitdem die neuen »Demokratiebewegungen« nennen, markiert einen Wendepunkt in der jüngeren Geschichte der Linken und der Bewegungen in Europa. Der Aufbruch, für den die »Empörten«, die »Ausgeschlossenen«, die »Indignad@s« stehen, ist mehr als eine Protestwelle oder ein neuer Bewegungszyklus. In seinem Verlauf hat sich ein neues gesellschaftliches und politisches Subjekt konstituiert: ein sozialer Protagonist der Solidarität, der Partizipation und der Horizontalität und zugleich ein politischer Antagonist, der dieser heterogenen Zusammenkunft eine gemeinsame Stimme gab, die sich gegen die Missachtung der Subalternen und den politischen Ausschluss des Kapital-Parlamentarismus richtete.

Eine strategische Diskussion über den »Umbruch, der ansteht, aber nicht eintritt«, kann von diesen Ereignissen nicht unbeeindruckt bleiben – und das nicht nur wegen der europäischen Dimension dieses Konfliktes, sondern auch wegen der Erneuerung der Linken, die von den besetzten Plätzen ausgeht – ob sie will oder nicht. Hinter den selbstbestimmten Aufbruch der südeuropäischen Bewegungen führt kein Weg mehr zurück. Mehr noch: Im Protest der Ausgeschlossenen enthalten war und ist eine tief verwurzelte Kritik am politischen Establishment und den institutionalisierten politischen Akteuren. Diese Kritik meinte auch die parlamentarische wie außerparlamentarische Linke und war zugleich ein Angebot an sie, endlich

ihr Korsett des letzten Jahrtausends abzustreifen und sich neu zu erfinden. Nicht alle haben dieses Angebot wahrgenommen, noch weniger wollten dabei sich und nicht nur die anderen verändern. Teile der Linken, die ihre eigene Praxis lange als »Überwinterung« beschrieben haben, verpassten so den Frühling der Bewegungen, während sich andere Kreise an und mit ihnen erneuern und weiter entwickeln konnten. Klar ist aber auch: Die institutionalisierte Linke ist nicht das Zentrum der Bewegungen gewesen. Es ist kein Zufall, dass die Linke selbst in Krisenzeiten von den Bewegungsaktivist_innen und vielen Anderen nicht als Anlaufpunkt und Artikulationsangebot wahrgenommen wurde.

Die Bewegungen haben der europäischen Linken neues Leben eingehaucht, gerade weil sie all das durchbrochen haben, was die Linke so vorhersehbar, so unattraktiv, so staubig macht. In der unmittelbaren Plausibilität ihrer Ansprache und der Lebendigkeit ihres Auftritts liegt eine Dynamik, die selbst eine zum Mosaik vereinigte Linke auf ihre eingespielte Weise und im Automatismus ritualisierter Politik niemals hervorbringen können. Wenn es aber gleichzeitig genau ein solcher Aufbruch ist, in dem eine gesellschaftliche Veränderung überhaupt erst wieder gedacht und ernsthaft angegangen werden kann, dann stellt sich die Frage, was die politische und institutionalisierte Linke von Südeuropa lernen kann. Davon handelt dieser Artikel.

Ich will dabei in vier Schritten vorgehen: Erstens möchte ich zeigen, wie sich die Aufbrüche der Plätze universalisieren, sie etwas Gemeinsames produzieren und sie sich verstetigen konnten und warum weite Teile der politischen Linken dieser Form der Zusammenkunft nicht gewachsen sind. Darin habe ich nicht den Anspruch, die Bewegungen umfassend zu beschreiben, sondern ich will einen Aspekt hervorheben, der sie m.E. wesentlich auszeichnet (1). In einem zweiten Schritt möchte ich zeigen, dass die Linke in der BRD in einem politisch-intellektuellen Korsett feststeckt, das es ihr verunmöglicht, einen solchen Umbruch als etwas Lebendiges zu verstehen, das nicht einfach in der erfolgreichen Fortsetzung politischer Rituale besteht, sondern in einer Übertretung der *politischen Form* (2). In einem kurzen dritten Teil versuche ich herauszustellen, warum das bis dahin Gesagte keinesfalls bedeutet, dass der organisierten Linken keine besondere Rolle in diesem Prozess zukommt oder sie überflüssig gemacht wird (3). Zum Schluss versuche ich einige Andeutungen zu machen, was mögliche Schlussfolgerungen sein könnten (4).

Der Ausgangspunkt meiner Überlegungen ist die unbedingte Emphase der populären Aufstände, die auf den Plätzen erneut praktisch widerlegt ha-

ben, was uns eine parteiliche Linke Jahrzehnte lang erfolgreich einzureden versuchte: dass die Menge allenfalls zu führen und dass die politische Organisation alles sei. Diese Gebote haben sich als rituelles Gewäsch entpuppt, die ideologischen Götzen der Linken des letzten Jahrhunderts sind gefallen und sie wurden in einer Gründlichkeit zu Staub zertreten, wie es kein Prophet besser hätte vorhersagen können. Der gesunde Anarchismus der Empörten, der sich gegen die Ignoranz der herrschenden politischen Vernunft, aber auch gegen die Normierungs- und Homogenisierungstendenzen der außerparlamentarischen Linken richtet, frischt eine alte Wahrheit auf, die für viele längst überholt schien: dass Bewegung eine unerlässliche Offensive ist, ohne die auch die institutionalisierte und außerparlamentarische Linke nicht aus- und weiterkommt.

1. Politik der Haltung – Das Eigentümliche der Plätze

»Die einzige Aufgabe eines denkenden und wahrheitsliebenden Kopfes, angesichts eines ersten Ausbruchs des schlesischen Arbeiteraufstandes, bestand nicht darin, den *Schulmeister* dieses Ereignisses zu spielen, sondern vielmehr seinen *eigentümlichen Charakter* zu studieren.« (Marx 1981, 405)

Die Austeritätspolitik hat in Spanien und Griechenland – und von diesen beiden Beispielen soll hier die Rede sein – innerhalb kürzester Zeit zu einem Kollaps des gesellschaftlichen Alltags geführt. In beiden Ländern ist die Gesundheitsversorgung für viele Menschen zusammengebrochen, die Arbeitslosenzahlen schießen in die Höhe (erst Recht unter Jugendlichen), in Spanien sind hunderttausende Familien zwangsgeräumt worden. Die Liste der weiteren Zumutungen ist lang.

Als die Troika ihre Memoranden – für die Konsolidierung der Volkswirtschaften »alternativlos«, für die Bevölkerungen ein Verarmungsprogramm – mithilfe der nationalen Regierungskoalitionen umsetzte, reagierten zunächst der linke Gewerkschafts- und Parteiapparat und die etablierten Proteststrukturen mit den gewohnten Kampfformen: Demonstrationen, (General)streiks, Kundgebungen.

Schon bald jedoch trat der Protest in eine neue Phase ein. Am 15. Mai 2011 folgten Zehntausende in Spanien dem Aufruf eines losen Netzwerks und besetzten, dem Beispiel des arabischen Frühlings folgend, die zentrale Puerta del Sol in Madrid mit Zelten und Schlafsäcken – die 15M-Bewegung war geboren. Das Camp stand trotz massiver Polizeiangriffe über fast einen Monat und beherbergte zeitweise mehr als 30.000 Menschen; an den Wo-

chenenden waren bis zu 100.000 Unterstützer_innen und Interessierte auf dem Platz. Der unüberhörbare Ruf nach Griechenland blieb nicht resonanzlos: Nach einer kurzen Sortierungsphase kursierte dort über Facebook der Aufruf, sich am 25. Mai auf dem zentralen Syntagma-Platz in Athen zu versammeln. Die Facebook-Seite der »Empörten vom Syntagma-Platz« wurde in wenigen Stunden hunderttausendfach besucht – wie auch der Syntagma-Platz selbst. Griechenland befand sich über Wochen in einem ähnlichen Ausnahmezustand wie Spanien, andere Städte und andere Plätze folgten den Beispielen aus den Hauptstädten.¹ Der Fortgang ist bekannt: einerseits massenhafte Proteste, Großdemonstrationen, Streiks und brutale Polizeieingriffe, andererseits aber auch das Experimentieren mit neuen Formen der Zusammenkunft auf den Plätzen und im neu angeeigneten öffentlichen Raum. Dieses Neue offenbarte sich in basisdemokratischen Vollversammlungen, einer schwarmartig organisierten und gleichzeitig hochprofessionellen Infrastruktur, partizipativen Arbeitsstrukturen und permanenter diskursiver Verständigung über die politische Situation. Der Geist dieser Zusammenkunft setzte sich in den folgenden Jahren fort und verstetigte sich nicht zuletzt in den beeindruckenden Strukturen einer solidarischen Infrastruktur: in Griechenland in den solidarischen Kliniken und dem potatoe movement, in Spanien in regelmäßigen Stadtteilversammlungen und den Protesten gegen Zwangsräumungen, um nur einige Beispiele zu nennen (vgl. Tsomou 2014).

Den Platzbesetzungen ist ein Kunststück gelungen. Das, was die linken und gewerkschaftlichen Protestzentral Komitees normalerweise in langatmigen Kampagnen planen und worüber sie sich in ihren Strategieabteilungen den Kopf zerbrechen, konnten die nur lose organisierten Aktivist_innen fast handstreichartig und ohne größere Ressourcen initiieren: eine dynamische, kraftvolle und riesige Mobilisierung mit breiter gesellschaftlicher Beteiligung und einem trotz aller Pluralität geteilten Narrativ, einer gemeinsamen Stimme. Die Besetzungen der Plätze hatten einen unüberhörbaren Blues, eine Glaubwürdigkeit und Lebendigkeit, die auszustrahlen weite Teile der Linken schon seit Langem nicht mehr in der Lage sind. Sie haben einen politischen Akteur hervorgebracht, ohne dabei die Subjektivitäten der Aktivist_innen zu leugnen oder zu vereindeutigen – ein Zentrum des post-identitären, gesellschaftlichen Widerstands, in dem die Differenz präsent bleibt, ohne ein Trennendes zu sein. War ihnen politisch der Schritt gelungen, die Alternativlosigkeit neoliberaler Politik und ihre postdemokra-

¹ Für eine ausführliche Darstellung siehe Candeias/Völpel 2014.

tische Verwaltung glaubwürdig in Frage zu stellen, so haben sie gleichzeitig eine neue Form der Zusammenkunft geschaffen, in der die Subjekte ihr gesellschaftliches Schicksal nicht länger auf persönliches Versagen zurückführten, sondern individuelle als soziale Probleme thematisierten, kollektivierten, damit deren gesellschaftliche Dimension freilegten und so kollektive Handlungs- und Aktionsfähigkeit herstellen konnten. Die Plätze waren so gesehen auch therapeutische Orte der Selbstaufklärung über den gesellschaftlichen Ursprung der eigenen sozialen Lage – aber dabei eben nicht gestaltet als Gesellschaftskundeunterricht der selbsternannten linken Avantgarde, sondern als eine kollektive Anstrengung der praktischen Aufklärung. Die Fahndung der Soziolog_innen nach einer neuen Klassenzusammensetzung als eingebildete Voraussetzung für die darauf folgende politische Aktion hat sich an dieser Stelle gründlich blamiert. Die Menschen haben sich als denkende,ühlende und fragende zusammengefunden und instinktiv diese neuen Akteure geschaffen, anstatt auf deren Konstituierung durch akademische Zirkel oder linke Strateg_innen zu warten. Sie haben damit eine Weisheit der sozialen Bewegungen erneuert: dass ihre Wahrheit in ihrer eigenen Praxis, in ihrer Selbstbewegung entsteht und nicht in den verstaubten Wahrheitslabors ihrer selbsternannten Vordenker. Anstatt sich von diesen über den Zustand ihrer Klasse, ihres Geschlechts und ihrer Biografie aufklären zu lassen, haben sie eine neue Situation geschaffen, die ganz anders, nämlich in ihrer praktischen Bewegung, über den gesellschaftlichen Zustand aufklärt. »Politische Kämpfe bilden ihre Grundlage oder ihr Subjekt nicht auf abstrakte oder metaphysische Weise, sondern in dem Kontext und den Bedingungen, in denen sie sich selbst befinden.« (Douzinas 2014: 262)

Auch wenn die Plätze – nicht zuletzt unter dem Eindruck permanenter Attacken durch die Polizei – wieder verlassen wurden: Sie haben eine soziale Alternative ausgebildet und erlebbar gemacht, die auch nach den teils brutalen Räumungen lebendig geblieben ist. In ihr verdichten sich politische, soziale und individuelle Aspekte zu einer gelebten und geteilten *Haltung*, die ein Antagonismus zum zynischen Opportunismus der herrschenden Vernunft und ihrer Gefolgschaft ist.

In dieser gemeinsam herausgebildeten Haltung, die weit mehr ist als eine Moral, liegt die universelle Kraft der Plätze. Ihr Universalismus ist keiner der politischen Positionen, der letzten und einzigen Wahrheit, sondern einer der Solidarität, der Mitmenschlichkeit, des Humanismus. Gerade im Moment der großen, unausweichlichen Katastrophe kommt aber einer darauf basierenden Geste eine Kraft und Bedeutung zu, die kein politischer

Text entwickeln kann und die eine soziale Verbundenheit schafft, die zu anderen Zeiten einmal die Solidarität der Klasse gewesen sein mag. Deren Logik und innere Rationalität ist eine andere als die des politischen Bekenntnisses: Sie ist sozial und gesellschaftlich und nicht in erster Linie analytisch und politisch. Sie richtet sich auf ein anderes Gemeinwesen als das politische Universum des Willens, der analytischen Vernunft. Insofern ist sie eine Vorwegnahme des Neuen, eine phantasievolle und gewollte Ignoranz der Schranken der bestehenden Ordnung. Die darin liegende politische Naivität ist gewollt und führt nicht zu einer Logik individueller Weltverbesserung. »Der Konflikt wurde nicht beiseite geschoben. Das politische Subjekt kam zusammen, in Opposition zu den politischen und wirtschaftlichen Eliten; die Exklusion großer Teile der Bevölkerung wurde infrage gestellt, ihr wurde entgegengetreten mit einer Strategie radikaler, aber nichtgewalt-samer Auseinandersetzung.« (Douzinas 2014: 263)

Die Rationalität der Plätze ist in diesem Sinne nicht als Folge politischer Naivität zu kritisieren, sondern als Rückgewinnung von Sozialität zu verstehen, die dann *neue politische Wege* eröffnet. Dies ist ihr entscheidender Beitrag, von dem die Linke auch hierzulande etwas lernen kann. Die Bewegungen machen ein Angebot, das Korsett der etablierten politischen Vernunft zu verlassen, um so eine andere Politik zu ermöglichen. Sie können diese in einer neuen Gemeinsamkeit, in einer gelebten Praxis *begründen*, anstatt sie nur intellektuell zu beschwören. Sie sind darüber hinaus ein Sprachrohr für all das, wofür auch in der Linken kein Platz ist. Darin, dieses weit geteilte Gefühl sprechfähig zu machen, bestand ein wesentlicher Teil des gesellschaftlichen Aufbruchs.

Die politisch organisierte Linke hatte für sich, in solch einer Situation ganz natürlicherweise, eine Führungsrolle vorgesehen und musste nun erstaunt feststellen, dass die neue Bewegung ihr Selbstvertrauen gerade daraus schöpfte, dass sie auf eine kluge Weise naiv und auf eine reflektierte Weise unvoreingenommen war – sie also gerade deswegen so attraktiv war, weil sie nicht den ganzen Ballast der linken Gewohnheit mit sich schleppte. Auch wenn die Bewegung ohne die Beteiligung der Linken in dieser Weise gar nicht denkbar gewesen wäre, lag ihr Aufbruch trotzdem darin, dass sie mit etwas Neuem begann und einer eigenen Logik folgte, die der neoliberalen Alternativlosigkeit und dem herrschenden Parlamentarismus der Eliten genauso widersprach wie der linken Engstirnigkeit und ihrer klein-karierten Qualitätskontrolle. Die Menschen haben sich das Recht genommen, nicht durch eine standardisierte und normierte Politsprache und im Modus der ritualisierten Protestbürokratie sprechen zu müssen, sondern

sich selbst eine Form und Sprache gegeben und entwickelt. Die Menge hat sich nicht eingefügt in den Plan der Strateg_innen, hat nicht den vorgesehenen Platz eingenommen im sorgfältig und gewissenhaft zusammengesetzten Mosaik, ist nicht dem Ruf der Berufserleuchteten gefolgt. Sie hat sich das Recht herausgenommen, einen eigenen Takt zu gehen, einem anderen Rhythmus zu folgen als der linken Monotonie aus Wahrheit, Strategie, Aufklärung und Protest. »Leidenschaftliche Vernunft und rationales Begehren trugen dazu bei, die Autonomie wiederzubeleben, die vom liberalen Individualismus und der repräsentativen Demokratie versprochen und verraten wurde.« (Douzinas 2014: 262) Das Verdienst der Bewegungen ist also nicht die Herausbildung einer jenseitigen Alternative zum Politischen, sondern dessen Erweiterung.

2. Die richtige Einstellung: Das Sonderliche der Linken

»Der *politische* Verstand ist ein Spiritualist und wird dem gegeben, der schon hat, der schon behaglich in seiner Wolle sitzt.« (Marx 1981: 406)

Viele linke Aktivist_innen waren Teil der Erhebungen ins Spanien und Griechenland. Dieser Tatsache verdanken sich nicht zuletzt die starke politische Dynamik und die strategische Weitsicht der Bewegungen. Nichtsdestotrotz waren und sind die Erhebungen auch ein Angriff auf die linke Gewohnheit – auf Selbstverständnis, Ausstrahlung und Habitus der institutionalisierten Linken. Diese Kritik kann für uns auch hierzulande ein Impuls sein, wenn klar wird, was diese Kritik eigentlich genau meint. Dabei von »der« Linken zu sprechen, ist natürlich immer eine Undifferenziertheit. Wenn ich dies im Folgenden trotzdem tue, dann aus zwei Gründen: Einerseits ist nicht genügend Platz und Muße da, sie in ihre Einzelteile zu zerlegen. Andererseits sind wir aber – nicht zuletzt als Mosaiklinke – ein widersprüchliches Ganzes, das einen gewissen Eindruck hinterlässt, ein Bild abgibt. Um dieses Bild und seinen offensichtlichen Mangel geht es mir im Folgenden.

Die Debatte über eine Erneuerung der Linken in der BRD ist in vollem Gange. Die Zerstrittenheit der Linken und ihre Tendenz zum Sektierertum galten dabei lange Zeit als das wesentliche Hindernis ihres politischen Erfolgs. Ein einflussreicher Vorschlag für einen produktiven Umgang mit der Heterogenität der Linken ist der Begriff der »Mosaiklinken«, der einer pluralen und gespaltenen Linken zu einem neuen Selbstverständnis verhelfen sollte. Die Linke bewegt sich – das hat Hans-Jürgen Urban in seinen Über-

legungen zur Mosaiklinken gezeigt – in verschiedenen sozialen Feldern, die eine je eigene Logik besitzen und die in ihrer gewachsenen Unterschiedlichkeit respektiert werden müssen. In dieser Einsicht in die soziale Gebundenheit der eigenen Position und Praxis soll das Potenzial wachsen, zu einem wechselseitigen Verständnis der Anderen zu kommen. In diesem Prozess soll dann wiederum die Möglichkeit entstehen, sich konzertiert – als Mosaiklinke – zu einem kollektiven Akteur neu zusammenzufinden. »Ein solcher gegenhegemonialer Block müsste neben den Gewerkschaften die globalisierungskritischen Bewegungen, weitere Nichtregierungsorganisationen, die diversen sozialen Selbsthilfeinitiativen und nicht zuletzt die kritischen Teile der kulturellen Linken, also Wissenschaftler, Intellektuelle und andere, umfassen.« (Urban 2009: 77) Die Idee einer mosaiklinken Kooperation meint dabei mehr als die Schaffung rein taktischer Bündnisse. Sie zielt auf eine neue, post-identitäre und undogmatische Lesart der eigenen Praxis- und Denkformen.

Mit dem Blick nach Spanien und Griechenland stellt sich allerdings die Frage: Ist damit der wesentliche Schritt schon gemacht, die Linke auf eine neue Weise in die Gesellschaft zu öffnen und sie in ein organisches Verhältnis zu ihrer Umwelt zu bringen? Ist mit einem solchen post-identitären Selbstverständnis schon die Brücke gebaut hin zu einer *gesellschaftlichen Linken*? Oder anders: Ist der im Begriff der Mosaiklinken zusammengefasste Vorschlag einer Erneuerung der Linken schon ausreichend? Ich würde sagen: Nein. Er baut zwar Brücken zwischen linken Akteur_innen, er hilft aber nicht, die Abschottung der politisch-intellektuellen Praxis insgesamt von weiten Teilen der Gesellschaft zu überwinden.

Wenn wir als plurale Linke zusammenkommen, machen wir nicht nur die Erfahrung des innerlinken Konfliktes. Es gibt auch etwas, das viele von uns trotz ihrer unterschiedlichen politischen Herkunft verbindet. Diese Gemeinsamkeit liegt darin, dass wir eine bestimmte Rationalität, einen bestimmten Blick auf die Welt teilen, von dem aus wir zwar zu unterschiedlichen Schlüssen kommen, diese sich aber auf Basis unserer geteilten Hintergründe besprechen und verhandeln lassen. Diese untergründige Übereinkunft bildet sich nicht zuletzt in der Ähnlichkeit der politischen Gewohnheiten und Organisationsformen, der verwendeten Sprache und der verwandten Problemstellungen ab. Diese *politische Kultur* ist etwas, das uns von dem Erfahrungshintergrund und der Routine vieler Menschen trennt. Mehr noch: Viele Menschen lehnen aus biografischen und politischen Erfahrungen das, was ihnen als die Rationalität des Politischen erscheint, ab – und zwar *zu Recht*. Dem, was sich ihnen als Politik darstellt, haben sie abgeschworen und

sie zählen die Linke – auch die außerparlamentarische – zu diesem Kosmos dazu. Politik erscheint ihnen als ein Ort, in dem sie regelmäßig als Stimmvieh, als bloße Füllmasse auf einer Demonstration oder als Geldgeber gefragt sind, um damit den politischen Erfolg anderer abzusichern, der sich nicht spürbar auf ihr eigenes Leben auswirkt. Politik wird so zur Sache derer, die sich von ihr überhaupt noch etwas versprechen. Die Linke erscheint ebenfalls als Teil dieses Spiels. Und in der Tat ist selbst eine heimliche Verwandtschaft von parlamentarischen und außerparlamentarischen Initiativen nicht von der Hand zu weisen: Beide operieren primär im Modus des Wettstreits der Positionen, der politischen Meinungskonkurrenz. In dieser Gefangenheit vieler linker Akteure in der *politischen Form*, der eine Vereinseitigung des Hegemoniebegriffs auf Fragen der öffentlichen und wissenschaftlichen Meinungsbildung entspricht, liegt der Kern der Herausforderung, vor die ein Blick nach Südeuropa die Linke stellt.

Diese politische Form ist nicht einfach das Ergebnis einer intellektuellen Abstraktion, sondern der faktischen Auseinandergerissenheit der bürgerlichen Gesellschaft: der Trennung von Staat und Gesellschaft, von Politik und Ökonomie, von politischen und privaten Problemen. Sie ist somit – als politische Rationalität – eine Wahrheit und zugleich eine Beschränkung und Befähigung Einzelner, die allzu oft von weiten Teilen der Linken als Überlegenheit fehlinterpretiert wird. »Zusammengenommen hat dies zur Folge, dass die Politik von Parteien, Verbänden und selbst von sozialen Bewegungen von der ›Logik des Staates‹, genauer von den in der kapitalistischen politischen Form wurzelnden Mechanismen bestimmt wird. Dies heißt, dass die in der allgemeinen Formbestimmung des Politischen liegenden Widersprüche auch *innerhalb* der ›zivilgesellschaftlichen‹ Organisationen und Institutionen zum Ausdruck kommen.« (Hirsch 2005, 36) Das Problem des Auseinandertretens von Gesellschaft und politischer Form also nur aufzufassen als ein Problem der *Entpolitisierung* der Gesellschaft, greift entschieden zu kurz. Es gibt ebenso eine parallele Tendenz: die Verselbständigung der politischen Form.

Dieses Phänomen ist keinesfalls neu. In einer Überlegung von erstaunlicher Aktualität zum schlesischen Weberaufstand portraitiert Marx das Unverständnis der politischen Klasse und ihrer Intellektuellen für die scheinbar »unpolitischen« Aufständigen und argumentiert, dass nicht etwa die rebellierenden Weber die Fähigkeit zum politischen Denken erlernen müssten, sondern vielmehr der partikulare »politische Verstand« das Überschüssige, Universelle und Eigentümliche dieses Aufstands verstehen solle. »Das *Gemeinwesen* aber, von welchem der Arbeiter *isoliert* ist, ist ein Gemeinwesen

von ganz anderer Realität und ganz anderem Umfang als das *politische* Gemeinwesen. Dies Gemeinwesen, von welchem ihn *seine eigene Arbeit* trennt, ist das *Leben* selbst, das physische und geistige Leben, die menschliche Sittlichkeit, die menschliche Tätigkeit, der menschliche Genuß, das *menschliche* Wesen. Das *menschliche Wesen* ist das *wahre Gemeinwesen* der Menschen. Wie die heillose Isolierung von diesem Wesen unverhältnismäßig allseitiger, unerträglicher, fürchterlicher, widerspruchsvoller ist als die Isolierung vom politischen Gemeinwesen, so ist auch die Aufhebung dieser Isolierung und selbst eine partielle Reaktion, ein *Aufstand* gegen dieselbe um so viel unendlicher, wie der *Mensch* unendlicher ist als der *Staatsbürger*, und das *menschliche Leben* als das *politische Leben*. Der *industrielle* Aufstand mag daher noch so *partiell* sein, er verschließt in sich eine *universelle* Seele: der *politische* Aufstand mag noch so universell sein, er verbirgt unter der *kolossalsten* Form einen *engherzigen* Geist.« (Marx 1981: 408)

Marx charakterisiert das politische Leben hier als eine Form der individuellen und gesellschaftlichen Schizophrenie: Politischer Verstand zeichnet sich dadurch aus, dass er in einem Raum scheinbarer Neutralität und Abstraktheit operiert. Er ist gekennzeichnet durch ein Heraustreten, durch eine Abstraktion; sein Medium, seine Form ist der Wille, der durch Diskurs und Philosophie immer wieder neu bestimmt wird. Seine zentrale Konsequenz ist die politische Position als Ausdruck eines solchen Willens, seine Inkarnation der Staatsbürger. Wenn sich ein solcher politischer Verstand aber nicht als diese Verkürzung versteht, sondern als das Absolute oder Eigentliche, das es in die Welt zu verbreiten gilt, dann wird er zu etwas, das denjenigen, die nicht in ihn eingeübt sind, als eine Beschränkung gegenüber treten muss. Wenn sich die Beschränkung des politischen Verstandes zu einem intellektuellen Vorsprung verklärt, verhärtet er sich gegen das Subjektive, das Neue und das Irritierende – er wird zum modernen Dogma, das in seiner analytischen Härte eine fast eingebaute Tendenz zum Zynismus besitzt.

Worauf es Marx dabei ankommt, ist nicht etwa der Nachweis eines Fehlers, sondern der Hinweis auf eine Verengung, die die Form der Politik implizit vollzieht und die nicht zuletzt auf die materielle Möglichkeit zum intellektuellen Abstand angewiesen ist. Der politische Verstand im Sinne von Marx ist also gewissermaßen die Verselbständigung der politischen Form – und das heißt auch: der *Herrschaft* – im Denken der politischen Akteure. In all ihren unterschiedlichen Formen tritt diese Verselbständigung hervor als die Unfähigkeit, sich in eine organische Beziehung zu anderen Artikulationen, anderen Lebensformen, anderen Bedürfnissen zu setzen als denen der politisch-intellektuellen Wahrheitsfindung. Nur im abgetrennten Kos-

mos der politischen Vernunft und ihres philosophischen Überbaus kommt man zur falschen Gewissheit, die richtigen Lösungen bereits zu kennen, weil sie auf politische Fragen verkürzt sind, zu deren Beantwortung es allein des Sachverstands bedarf. Eine *Ermächtigung*, die sich nicht in ihrer Logik vollzieht und artikuliert, erscheint dann als *Anmaßung*, die es auf ihren wirklichen, eigentlichen Begriff zu bringen gilt, anstatt ihre Eigenheit und ihren Überschuss zu erfassen.

Beispiele für eine solche Verkehrung finden sich in den unterschiedlichsten linken Milieus und Spektren. Die vielleicht augenfälligste und bekannteste Inkarnation ist der Berufsstand des kritischen linken *Aufklärers*.² Stets im Besitz der absoluten Wahrheit sucht er nach Orten, die sich für seinen Anschauungsunterricht eignen – immer im Bewusstsein, dass die in spontaner Empörung, in privater Verzweiflung oder in sozialer Phantasie enthaltene lebendige Subjektivität eine Naivität ist, die es auf dem Wege zur objektiven Wahrheit zu überwinden gilt.

In diesem heimlichen Positivismus ist dann auch alles, was nicht in die Form des Arguments passt, zwar ein taktischer Anknüpfungspunkt für die Verbreitung der eigenen Einsichten. Ihm entgeht aber die soziale Qualität von widerständigen Praxen und von Alltagskämpfen als Träumerei; nicht selten neigt er zu Zynismus und Fatalismus, seine Haltung ist die des Kommentators. Ein weiterer Fall einer solchen Überschätzung einer partiellen Rationalität ist das pragmatische, oft parteipolitisch organisierte *Expertentum*. Ihm bleibt die politische Form, der Sachzwangcharakter neoliberaler Politik etwas Äußerliches, das er als die äußere Schranke eines jeden Veränderungswunsches geltend macht. Sein Standpunkt ist der des Machbaren, des Möglichen; alles darüber Hinausgehende erscheint ihm vielleicht menschlich plausibel, aber aus der Sicht des Experten naiv. Seine befremdlichen Versuche, trotzdem »die Sprache der Leute zu sprechen«, sind immer eine Herablassung.

Eine dritte Ausprägung ist die *Traditionsinke*. In ihr verschwimmt das, was einstmals eine Gesellschaftstheorie war, zu einem Raster von Glaubenssätzen, mit deren Hilfe die verschiedensten Konstellationen und ihre Eigenheiten auf den stets gleichen, verbrauchten Nenner gebracht werden. Sie ist nicht der direkte Effekt eines Denkens in der politischen Form, aber zu dieser Erstarrung geworden. Sie kann sich durch ihre Kontaktarmut zur Gesellschaft häufig der Herausforderung entziehen, die eigenen Dogmen einer kritischen Überprüfung zu unterziehen. Augenfälligstes Beispiel ist in diesem Zusammenhang die Weigerung, andere Quellen der sozialen Erhe-

² Dieser wunderbare Begriff stammt von Erich Mühsam.

bung zu akzeptieren als das ökonomische Interesse einer Klasse. So gibt die Traditionslinke »den Prototypen eines historisch überkommenen philosophisch-politischen Denkens ab, das sich dadurch auszeichnet, sich selbst als Denken der Geschichte zu verstehen und doch zugleich unfähig zu sein, sich von Geschichte wahrhaft irritieren zu lassen«. (Ruda 2010: 139) Eine vierte und letzte Variante ist schließlich eine spezifische, überzogene Form der *Political Correctness*. Hier wird kurzerhand die Frage des guten Lebens auf die Frage des moralphilosophisch und politisch Richtigen verkürzt. Handlungsanweisungen und praktische Fragen werden als Lehrsätze aus den theoretischen und politischen Hintergründen destilliert und ihre Befolgung zum eigentlichen Ziel politischer Praxis erklärt, die dann nur noch eine zugerichtete Ableitung einer theoretischen Überlegung ist. Das soziale Leben wird so zu einem Ort des planmäßigen Zugriffs und der Umsetzung von vorgeordneten Regelwerken.

Alle vier (überzogenen und karikierenden) Beispiele – und das sind natürlich nicht alle denkbaren – verbindet eine versteckte oder offene Haltung der überheblichen Starre: Sie hat von den jeweils Anderen nichts zu lernen, sondern diesen den Weg zu weisen, dessen Endpunkt sie schon kennt. Sie ist misstrauisch bis ängstlich gegen unbekannte Formen der Artikulation und kann diese häufig nur als unkorrekt disqualifizieren, weil die ihnen eigene Subjektivität in ihr keinen Platz hat, ihren Standards nicht genügt. Sie zielen daher meistens darauf ab, aus den ihnen gegenüber tretenden Menschen prototypische Linke machen zu wollen und sie so nach dem Vorbild eines Vernunftgebrauchs zu homogenisieren, *oder* sie begegnen ihnen in einer pseudoegalitären Haltung, die einen heimlichen Führungsanspruch absichert. Allen ist eine *unfreiwillige* und *ungewollte* Komplizenschaft mit dem Zeitgeist gemeinsam, einem Zustand, »der sich gegen alles richtet, was *zwischen* den Wesen ist, gegen alles, was undeutlich kursiert, alles, was sie unsichtbar verbindet, alles, was sich der vollständigen Trostlosigkeit in den Weg stellt, gegen alles, was macht, dass wir *existieren* und dass die Welt nicht überall wie eine Autobahn, wie ein Vergnügungspark oder wie eine Stadt aussieht: reine Langeweile, ohne Leidenschaft und wohl geordnet«. (Unsichtbares Komitee 2010: 14)

Das Unvermögen der Linken, sich auf dieses Undeutliche einzulassen, ist ein Resultat des *Korsetts der politischen Vereindeutigung*, in dem die Linke vielerorts – trotz ihres theoretischen Niveaus – zu einem einzigen berechenbaren Ritual geworden ist.

Es ist daher ein Irrtum, dass die politisch-intellektuelle Vernunft die ausschließliche und einzig legitime Ausdrucks- und Bewusstseinsform der

Emanzipation ist; dass sie dasjenige ist, auf dessen Begriff sich jeder gesellschaftliche Aufbruch bringen lassen muss, um »politisch« zu sein, um seine Bestimmung zu erfüllen. Im falschen Bewusstsein darüber, zu wissen, um was es einer Bewegung *eigentlich* geht, wird diese auf das wiederkehrende Schematische reduziert und das ihnen innewohnende Lebendige verpasst. Die Linke ist aber darauf angewiesen, dass sich ihre Kritik und ihre *Geschichte* mit diesem Lebendigem zu etwas *Neuem* verbindet. »Es ist sicher, daß die Analyse das Wirkliche nur erreicht, indem sie Partei ergreift in der wirklichen Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt.« (Viénet 1977: 11)

3. Auflösung der Linken in die Gesellschaft oder gesellschaftliche Linke?

»So verdunkelte ihr politischer Verstand ihnen die Wurzel der geselligen Not, so verfälschte er ihre Einsicht in ihren wirklichen Zweck, so belog ihr *politischer Verstand* ihren *sozialen Instinkt*.« (Marx 1981: 407)

Das Resultat der Überheblichkeit eines *verselbständigten* politisch-intellektuellen Verstandes ist die Geringschätzung der individuellen und kollektiven Praxis. Er ist daher fähig, durch die akribische Ausarbeitung »richtiger« *Positionen* seinen Verzicht auf die Einnahme einer praktisch und individuell folgenreichen *Haltung* zu plausibilisieren, die mehr ist als eine intellektuelle Abweichung – nämlich eine Haltung der persönlichen Konsequenz und des tätigen Widerspruchs.

Eine solche Haltung ist immer mehr als eine der Wirklichkeit angemessene analytische oder politische Position. Sie greift voraus auf etwas Zukünftiges, sie verkörpert Hoffnung und Phantasie, sie kapituliert nicht zynisch vor der Macht der Gegenwart. Was den spontanen Erfolg und die Kontinuität der sozialen Bewegungen in Spanien und Griechenland ausmacht, ist genau dies: Sie haben eine solche Glaubwürdigkeit entwickelt, weil ihre konkrete und alltägliche Praxis ein Beweis dafür ist, dass sie das von ihnen Gesagte *ernst meinen*. Ihre ganze Ausstrahlung beruht darauf, dass sie einen anderen, neuen Weg öffnen und begehen, anstatt ihn den anderen zu weisen und nur seine Abwesenheit zu beklagen. Das Nonkonformistische an dieser Haltung ist dabei konstitutiv. »Es geht darum zu organisieren, dass aus einem realen, folglich vom Punkt des Gesetzes absurden Ereignisse das Unendliche hervorgehen kann. Das Nicht-Konstruktive ist so das natürliche Element des politischen Prozesses.« (Badiou 2010: 131)

Einerseits ist daher klar, dass die politische Position nicht automatisch schon eine transformierende Praxis hervorbringt. Deren Erfindung lässt sich auch nicht arbeitsteilig an die Subalternen delegieren. Es muss etwas zur nackten Position und ihrer mundgerechten Verpackung als *Botschaft* hinzutreten, damit sie begeistern kann: ein Akt der Glaubwürdigkeit, eine nonkonformistische Haltung. Andererseits folgt aber ebenso aus einer bloßen Haltung noch keine strategische Richtung oder gar eine Einsicht in die Komplexität von Herrschaft und die Fallstricke der Politik. Es ist also auch ein Irrtum zu glauben, die Bewegungen hätten linke Theorie, Geschichte und Praxis überflüssig gemacht. Ist die Linke in der Lage, sich auf eine solche neue Konstellation einzulassen, deren Sprache zu sprechen und deren Eigenheiten zu antizipieren, ist sie vielmehr der Katalysator ihrer politischen Entwicklung. Die Linke ist in solchen Auseinandersetzungen gefragt und herausgefordert, sie wird nicht überflüssig, sondern wichtiger, wenn sie das richtige Verhältnis zu ihnen findet. Sie sollte sich dieser Herausforderung stellen und in ihr den spezifischen *Sinn des Politischen und der kritischen Theorie* vorführen und beweisen.

In einem solchen Zusammenspiel zweier unterschiedlicher Logiken³ – der Subjektivität der handelnden Akteure und ihrer kollektiven Haltung und Sozialität einerseits und der analytischen, theoretischen und praktischen Erfahrungen politischer Akteure andererseits – liegt die Chance, zu einer *neuen Form der Politik* zu kommen als derjenigen der *politischen Form*. Sich als organische_r Intellektuelle_r, Aktivist_in oder Politiker_in in gesellschaftliche Aufbrüche einzubringen und in ihnen – vor dem Hintergrund und dem Bewusstsein des Vergangenen – gemeinsam von vorne zu beginnen, war das Erfolgsmodell der »Neuesten Linken« in Griechenland und Spanien. Sie erkannte, dass in dieser eigenen Neuerfindung der Gebrauchswert ihrer eigenen Geschichte liegt, dass diese Neuerfindung eine Chance ist, einen Schritt weiter zu kommen – fernab davon, sich selbst schon als das Neue zu verstehen, das zu werden die Bewegten nun bereits seien. Es ist dabei immer wieder eine neue Herausforderung für die Linke, aus der politischen Form und ihrer Abschottung auszubrechen und in kollektiver *Praxis* eine Gesellschaftlichkeit, ein Gemeinsames, ein Zukünftiges zu finden, anstatt es darin zu suchen, möglichst viele Menschen hinter einem Transparent, einer Message oder einer Position zu versammeln. Der Grund für die Permanenz dieser Herausforderung liegt darin, dass eine andere Sozialität, das Gemein-

³ Douzinas (2014) spricht hier von einer Interaktion von *Multitude* und *Demos*.

same, ein unhintergebarer Moment des politischen Aufbruchs ist, er aber niemals eine politische Eindeutigkeit hervorbringen kann.

4. Ausblick: Runter vom Balkon!

»Wir fordern die Dunkelheit heraus!«
(Transparent im Gezi-Park, Juni 2013)

Worin besteht nun die eingangs angekündigte Chance, die sich hinter den südeuropäischen Aufbrüchen für die Linke hier und anderswo verbirgt? Wieso überhaupt sollte diese Situation von Bedeutung für das vollkommen andere politische Klima in Deutschland sein? Und: Bedeutet das bisher Gesagte, dass die Linke auf die Bewegung warten muss?

1. Auch wenn die Ausgangsbedingungen kaum unterschiedlicher sein könnten: Das Milieu der »Empörten« hat seine Entsprechung auch hier in Deutschland. Den Aufständen in Spanien, Griechenland, der Türkei, in den USA und anderswo war allen eines gemeinsam: Sie besaßen eine überdurchschnittliche Beteiligung vormals »unpolitischer« Menschen. In ihnen kam eine weitverbreitete gesellschaftliche Stimmung zum Ausdruck: ein tief sitzendes Misstrauen gegenüber der etablierten Politik und ihren Versprechungen. Sie waren der handfeste Ausdruck einer tiefen Krise der Repräsentation. Die Nichtwähler_innen, die Prekarisierten, die Jugendlichen, die Migrant_innen, die Künstler_innen und viele Weitere kamen zusammen, um häufig zum ersten Mal an einer politischen Aktion teilzunehmen. Diesen, allerdings stillen, Unmut der Empörten gibt es auch hier, bloß drückt er sich hierzulande eher als Resignation und privater Rückzug aus, denn als politische Ermächtigung. Auf seinen selbsttätigen Aufbruch kann indes nicht gewartet werden, weil er mit großer Wahrscheinlichkeit nicht von selbst eintritt, sondern einer aktiven Beteiligung der organisierten Linken bedarf.
2. Die politische (Re)Aktivierung dieser Gruppen kann nicht im Modus des politischen Rituals gelingen. Vielmehr liegt eine Wahrheit in deren Abneigung gegen die gewohnten Formen der institutionalisierten und routinierten Politik. Ohne neue Ausdrucksformen, eine Öffnung der rostigen Sprache und eine neue Form der Zusammenkunft und *Organisation* bleiben sie unerreichbar für die Linke. Diese muss sich also mit ihren eigenen Begrenzungen, Schranken und der Zwangsjacke der politischen Form auseinandersetzen und ihren eigenen Horizont öffnen: für Subjektivität, für

künstlerische und kulturelle Impulse, für eine universelle Solidarität und für eine glaubwürdige politische Durchsetzungsperspektive. Die schon konstituierte Bewegung ist dabei nicht die abzuwartende Voraussetzung für eine Erneuerung der Linken, die im Übrigen in Teilen eine bloße Erinnerung an den Impuls der 68er-Revolten wäre. Die Linke braucht mehr Taktgefühl, um den Rhythmus der Wirklichkeit wiederzufinden.

3. Als organisierte und institutionalisierte Linke sollten wir uns klarmachen, dass wir trotz – oder gerade wegen – unserer vielen Bücher und Positionspapiere ein Glaubwürdigkeitsproblem haben. Wir sind eine Linke im Wartestand, dabei wäre es an uns, den ersten Schritt zu wagen und uns aus dem Abseits der Kommentatorin in die Mitte der täglichen Zumutungen zu bewegen. Es wäre an uns, in unterschiedlicher Weise und Radikalität auszudrücken, dass wir uns bestimmten Entwicklungen nicht länger aussetzen wollen. Das erfordert aber nicht allein den Mut und die Entschlossenheit Einzelner, sondern einen kollektiven Prozess, in dem diese Aufgabe formuliert und angegangen wird. Nur so kann zu einer inhaltlich-intellektuellen Position auch eine glaubwürdige Haltung hinzutreten – tut sie das nicht, bleibt linke Politik ein unverstandenes Hobby, eine Trotzigkeit, eine bloß intellektuelle Tätigkeit und für einige Wenige ein Geschäft. Eine solche Haltung lebt aber nicht von einem Prototyp, sondern von einem gemeinsamen, ergebnisoffenen Anfang: einem Aufbruch, der immer auch eine kollektive Entscheidung ist und sich nicht nur in den großen strategischen Visionen, sondern auch in kleinen Veränderungen der Routine, der Subjektivität und der sozialen Beziehungen abbildet.

Literatur

- Badiou, Alain (2010): Ist Politik denkbar?, Berlin
- Candeias, Mario/Völpel, Eva (2014): Plätze sichern! ReOrganisierung der Linken in der Krise, Hamburg. Auch online verfügbar auf www.rosalux.de
- Douzinas, Costas (2014): Philosophie und Widerstand in der Krise, Hamburg
- Guttsadt, Tayfun (2014): Çapulcu. Die Gezi-Bewegung und die neuen Proteste in der Türkei, Münster
- Hirsch, Joachim (2005): Materialistische Staatstheorie, Hamburg
- Marx, Karl (1981): Kritische Randglossen zu dem Artikel »Der König von Preußen und die Sozialreform. Von einem Preußen.« In: Marx-Engels-Werke, Band 1, Berlin
- Ruda, Frank/Völker, Jan (2010): »Was heißt es, ein Marxist in der Philosophie zu sein? In: Badiou, Alain: Ist Politik denkbar?, Berlin

- Tsomou, Margarita (2014): »Last Exit. Zum Aufschwung solidarischer Ökonomien im Griechenland der Krise«. In: WestEnd, Neue Zeitschrift für Sozialforschung, 01/2014, Frankfurt a.M.
- Unsichtbares Komitee (2010): Der kommende Aufstand, Hamburg
- Urban, Hans-Jürgen (2009): »Die Mosaik-Linke. Vom Aufbruch der Gewerkschaften zur Erneuerung der Bewegungen«. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/2009, Berlin
- Viénet, René (1977): Wütende und Situationisten in der Bewegung der Besetzungen, Hamburg

AUTOR_INNEN

Vera Bunse, freie Journalistin, seit April 2012 Redakteurin bei Carta.info, kommt aus der IT-Branche, bloggt seit 2009 über die Umbrüche in Netzpolitik, Medien, Politik und Gesellschaft und arbeitet in NGOs mit, die sich mit informationeller Selbstbestimmung und Verbraucherschutz befassen.

Frank Engster hat an der FU Berlin promoviert und war nach der Promotion u.a. Juniorfellow am Postwachstumskolleg Jena. Er leitet mit Stephan Lessenich und Ute Kalbitzer das Projekt Solidarische Arbeitsverhältnisse, das im Rahmen des ISM entstanden ist.

Thomas Fatheuer ist Sozialwissenschaftler, freier Berater, Autor und war bis 2010 der Büroleiter der Heinrich-Böll-Stiftung in Rio de Janeiro. In seinem 2013 erschienenen Buch »Neue Ökonomie der Natur« beschreibt er die Natur als wirtschaftlichen Akteur.

Corinna Genschel arbeitet seit 2006 als Mitarbeiterin der Kontaktstelle soziale Bewegungen der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag und ist dort zuständig für den Bereich »Neue Soziale Bewegungen«. Derzeitiger Schwerpunkt der Arbeit ist die Kooperation mit den (europäischen) Bewegungen gegen und rund um »die Krise«. Sie ist aktiv im Koordinierungskreis von Blockupy und Blockupy International.

Fritz Glunk ist Gründungsherausgeber des politischen Kulturmagazins DIE GAZETTE. Bis 1976 war er im Goethe-Institut tätig, danach in der Carl Duisberg Gesellschaft, Köln, sowie als Abteilungsleiter im Max Hueber Verlag, Ismaning. Seit 1986 arbeitet er als Schriftsteller und Publizist.

Ina Hartwig lehrte an der FU Berlin, in Göttingen und St. Louis (USA), war Herausgeberin des »Kursbuch« und viele Jahre lang Literaturredakteurin der »Frankfurter Rundschau«. Heute schreibt sie hauptsächlich für »Die Zeit« und die »Süddeutsche Zeitung«. Mitglied der SPD seit 2012 und Mitglied im ISM Kulturbeirat.

Cansel Kiziltepe, Diplom-Volkswirtin, ist seit 2013 SPD-Bundestagsabgeordnete. Sie ist ordentliches Mitglied im Finanzausschuss und stellvertretendes Mitglied im Petitionsausschuss. Zudem hat sie mehrere Jahre als wissenschaftliche Mitarbeiterin und persönliche Referentin des Bundestagsabgeordneten Ottmar Schreiner gearbeitet.

Volker Koehnen ist Diplom-Politikwissenschaftler und Systemischer Berater (Systemische Gesellschaft), arbeitet bei der Gewerkschaft ver.di im Landesbezirk Hessen. Er ist Mitglied des Vorstands des ISM.

Dieter Kramer, ao. Prof. (Universität Wien), ist Kulturwissenschaftler/Europäischer Ethnologe, 1977 bis 1990 im Dezernat Kultur und Freizeit der Stadt Frankfurt am Main bei Hilmar Hoffmann, bis Juni 2005 Oberkustos im Museum für Völkerkunde der Stadt Frankfurt am Main.

Stephan Lessenich ist Professor für Soziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und beschäftigt sich seit vielen Jahren insbesondere mit Fragen der Sozialpolitik und des Sozialstaats. Er ist einer der fünf Kuratoriumssprecher_innen des ISM.

Thomas Lohmeier ist Gesellschafter einer Agentur für Kommunikation und Gestaltung in Berlin sowie Mitglied der Redaktion des Magazins »prager frühling«.

Daniel Loick lehrt Philosophie an der Goethe-Universität Frankfurt. Er beschäftigt sich mit Fragen der politischen Philosophie und Sozialphilosophie, insbesondere der Staats- und Rechtskritik sowie dem Zusammenhang von Politik und Lebensform. Von ihm erschien 2012 im Campus-Verlag die »Kritik der Souveränität«.

Anke Martiny ist Mitglied im deutschen Vorstand der NGO Transparency und ehemalige Berliner Kultursenatorin, Bundestagsabgeordnete und langjähriges SPD-Parteivorstandsmitglied. Sie ist Sprecherin des ISM-Vorstands.

Mario Neumann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des ISM. In seiner politischen Freizeit ist er u.a. in der Blockupy-Bewegung aktiv.

Lisa Paus ist seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages und Diplom-Volkswirtin. Als Sprecherin für Steuerpolitik der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen ist sie Mitglied und Obfrau im Finanzausschuss. Von 1999 bis 2009 war sie Mitglied im Abgeordnetenhaus von Berlin.

Astrid Rothe-Beinlich ist Vize-Präsidentin des Thüringer Landtages und Parlamentarische Geschäftsführerin der Thüringer Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN. Sie ist Sprecherin des ISM-Vorstands.

Dieter Rucht ist em. Professor für Soziologie und war bis Juni 2011 Ko-Leiter der Forschungsgruppe Zivilgesellschaft, Citizenship und politische Mobilisierung in Europa am Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin.

David Salomon vertrat bis Ende März 2014 die Professur für Politische Bildung an der Universität Siegen, wo er seit dem 1. April als Lehrkraft für besondere Aufgaben arbeitet. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Demokratietheorie, Didaktik der politischen Bildung und politische Ästhetik.

Jan Schlemmermeyer promoviert an der Phillips-Universität Marburg und beschäftigt sich seit vielen Jahren insbesondere mit staatstheoretischen Fragen und der Entwicklung linker Bündnispolitiken. Er ist im Blockupy-Bündnis aktiv.

David Schommer ist Diplom Soziologe und freier Fotograf. Er arbeitet zur Zeit als Erzieher mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen.

Thomas Seibert ist Philosoph, Autor und politischer Aktivist sowie einer der fünf Sprecher_innen des ISM-Vorstands.

Klaus-Dieter Stork ist Diplomsoziologe, war Büroleiter und Persönlicher Referent von Linda Reisch und Dr. Nordhoff im Dezernat Kultur und Freizeit (1994-2001), von 2001 Fachbereichsleiter und Kulturmanager der Stadt Hanau, Geschäftsführer des Comoedienhauses Wilhelmsbad bis April 2014, seit März Stabsstelle Kulturmanagement.

Wolfgang Storz ist Sozialwissenschaftler und Publizist. Von 2002 bis 2006 war er Chefredakteur der Frankfurter Rundschau.

Tom Strohschneider ist Journalist, seit dem 1. August 2012 Chefredakteur der Tageszeitung neues deutschland.

Axel Troost ist als Volkswirt seit 1981 Geschäftsführer der parteiunabhängigen »Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik« (Memorandumgruppe), seit 2005 finanzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE und seit 2012 stellvertretender Parteivorsitzender. Er ist Vorstandssprecher des ISM.

Moritz Warnke hat in Frankfurt Soziologie studiert, war dort u.a. in den Bildungsprotesten engagiert und lebt mittlerweile in Berlin.

Martin Wimmer ist Mitglied des ISM-Kuratoriums und Gründer des ISM Kulturbeirats. Seit 2012 ist er Leiter des Büros des Frankfurter Oberbürgermeisters. Zahlreiche Veröffentlichungen, Lesungen und Kunstinstallationen zu Politik, Literatur und Musik.

Frieder Otto Wolf ist Philosoph, Politikwissenschaftler, Politiker und Humanist. Er arbeitet seit 2007 als Honorarprofessor für Philosophie an der Freien Universität Berlin.

Andrea Ypsilanti ist Abgeordnete der SPD im Hessischen Landtag. Von 2007 bis 2009 war sie Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion. Sie ist Vorstandssprecherin des ISM.

Raul Zelik ist Schriftsteller und war bis 2013 Professor für Politik an der Nationaluniversität Kolumbiens.

VSA: Solidarische Moderne

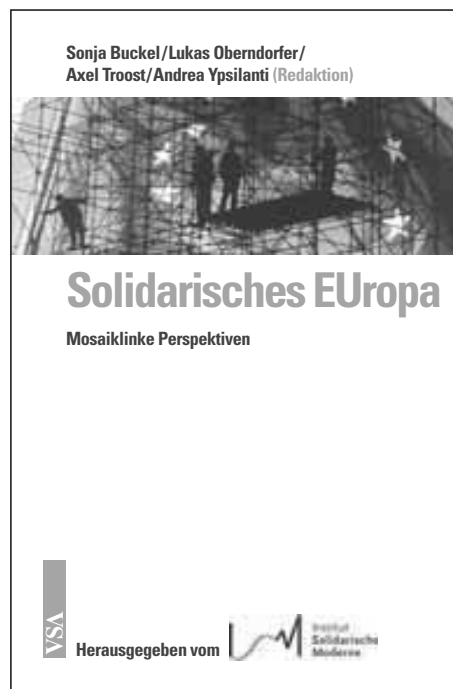


Johannes Angermüller / Sonja Buckel /
Margit Rodrian-Pfennig (Redaktion)
Solidarische Bildung
Crossover: Experimente selbstorganisierter
Wissensproduktion
Herausgegeben vom
Institut Solidarische
Moderne
336 Seiten | 2012 | € 22.80
ISBN 978-3-89965-498-1

»Das hier dokumentierte ›Crossover‹ zeigt,
dass solidarische politische Bildungs- und
Diskussionsprozesse effektiv möglich
sind.« (Micha Brumlik in der taz vom
5.6.2012)

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de



Sonja Buckel/Lukas Oberndorfer/
Axel Troost/Andrea Ypsilanti (Redaktion)
Solidarisches EUropa
Mosaiklinke Perspektiven
Herausgegeben vom
Institut Solidarische
Moderne
240 Seiten | 2013 | € 16.80
ISBN 978-3-89965-567-4

Wissenschaftler_innen, Vertreter_innen
linker Parteien sowie Aktivist_innen aus
NGOs und sozialen Bewegungen suchen
konkrete Alternativen eines solidarischen
EUropas. Sie stellen wesentliche Frage-
stellungen in einem Crossover-Prozess
zur Diskussion. Im Zentrum stehen eine
alternative Politische Ökonomie und eine
demokratische Erneuerung, die nicht an
den Grenzen EUropas haltmachen.

www.vsa-verlag.de

VSA

Werden Sie Institutsmitglied!

Unterstützen Sie die Solidarische Moderne!

Die Zeit ist reif für neue Ideen! Mit Ihrer Mitgliedschaft unterstützen Sie das Institut Solidarische Moderne in seiner Arbeit an neuen linken Politikkonzepten und einem Verständigungsprozess zwischen den Akteuren der politischen Linken.

Anders als andere Institute, die von wenigen, finanzstarken Interessengruppen getragen werden, zeichnet sich das Institut Solidarische Moderne auch durch seine Unabhängigkeit aus. Werden auch Sie jetzt Mitglied des Instituts Solidarische Moderne und damit Teil des Projekts.

Entweder schnell und einfach online:

<https://www.solidarische-moderne.de/de/topic/10.mitglied-werden.html>

Oder Sie schicken den folgenden Antrag an die unten stehende Adresse.

Ich möchte Mitglied des Instituts Solidarische Moderne e.V. werden.

Name: _____ Vorname: _____

Straße/Nr.: _____ PLZ/Ort: _____

Telefon: _____ Fax: _____

E-Mail: _____

Tätigkeit: _____ Organisation/Funktion: _____

Ort/Datum: _____ Unterschrift: _____

Mitgliedsbeitrag

- Ich zahle den Mitgliedsbeitrag von 8,33 pro Monat, das sind 100 € im Jahr.
- Ich habe kein oder nur ein geringes Erwerbseinkommen und zahle daher den ermäßigten Mitgliedsbeitrag von 2,50 € pro Monat, das sind 30 € im Jahr.
- Ich möchte einen höheren Mitgliedsbeitrag zahlen, nämlich _____ € im Jahr.

Der Mitgliedsbeitrag wird jährlich erhoben.

Zahlungsmöglichkeiten

Wir bitten Sie um eine Einzugsermächtigung, weil dies unseren Verwaltungsaufwand erheblich verringert und uns mehr Zeit für die wirklich wichtigen Dinge verschafft.

- Ich erkläre mich damit einverstanden, dass der Verein Institut Solidarische Moderne e.V. meinen Beitrag von folgendem Konto (nur für Konten in Deutschland) abbucht:

KontoinhaberIn: _____

Kto.-Nr.: _____

Bank: _____

BLZ: _____

Datum/Unterschrift: _____

- Ich überweise meinen Mitgliedsbeitrag auf folgendes Konto:

Institut Solidarische Moderne e.V.
Berliner Sparkasse
IBAN: DE76 1005 0000 6603 1790 14
BIC: BELADEBEXX



Unterstützen Sie das Projekt
gerne auch mit Ihrer
Spende.